



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

XII/114 - 18. Mai 1957

Einweise

auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21834-33

Fernschreiber 0666-090

Wahlabsprachen	S. 1
Auslandsquellen der antisemitischen Propaganda	S. 3
Nach dem Rücktritt Hansen's	S. 4
Die Weltpresse und die Eisenhower-Erklärung vom 6. Mai	S. 6
Kurt A. Großmann - 60 Jahre	S. 8

## In Abwehr totalitärer Ansprüche

W.P. - Das Wahlgesetz für die Bundestagswahl 1957, das nach dem Willen der CDU im Jahre 1956 vom Bundestag verabschiedet wurde, enthält bekanntlich verschärfte Bestimmungen über die Zulassung kleinerer Parteien. Begründet wurden sie damals mit der angeblichen Notwendigkeit der Ausschaltung von Splitterparteien und der Schaffung stabiler Regierungsmehrheiten. Genügte es noch 1949 5% der Stimmen in einem der Bundesländer oder ein direktes Abgeordnetenmandat zu erringen, so wurde diese Bestimmung im Jahre 1953 dahin erweitert, dass von nun an 6% der Stimmen im gesamten Bundesgebiet die Grenze für die Zulassung im Bundestag bildete. In dem neuen Wahlgesetz blieb diese Bestimmung erhalten. Eine weitere Verschärfung wurde jedoch dadurch in das Gesetz eingefügt, dass nunmehr drei direkte Mandate für eine Partei errungen werden müssen, wenn sie schon 5% der Stimmen im Wahlgebiet nicht erreichen kann.

Dennoch beweist die Tatsache, dass dem Wähler 1957 wiederum zwei Stimmen zur Verfügung stehen, eine für die Wahlkreismandate und eine Zweitstimme für die Listenmandate, dass es der CDU in Wirklichkeit nicht um die Ausschaltung kleiner Parteien im allgemeinen ging, sondern um die Unterdrückung jener Parteien, die nicht von vornherein als Koalitionspartner zu gewinnen sind. Denn diese Bestimmung zwingt die kleinen Parteien zur Vereinigung, um die Hürde der 5%-Klausel zu überwinden bzw. direkte Mandate zu erringen oder aber zu Wahlabsprachen mit grossen Parteien, die in drei Wahlkreisen auf die Aufstellung eigener

Kandidaten verzichten und, da ihnen dadurch bei der Stimmenverrechnung keinerlei Verluste entstehen können, ihren Wählern empfehlen, den Wahlkreiskandidaten einer bestimmten kleineren Partei ihre Stimmen zu geben.

Da sich die CDU offenbar nur allein für solche Wahlabsprachen für prädestiniert hält, glaubte sie sich damit Garantie zur Erhaltung ihrer Machtposition im Bund geschaffen zu haben. Adenauer hat der Deutschen Partei, die 1953 noch 3,2 % der Stimmen und durch CDU-Unterstützung in den Wahlkreisen zehn Direktmandate verbuchen konnte, die Garantie für den Wiedereinzug dieser Partei ins Bundesparlament angeboten und Vereinbarungen über die Aufstellung gemeinsamer Kandidaten in einer Reihe von Wahlkreisen in Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz vorgeschlagen. Da die "Deutsche Partei" auch nach ihrer Verschmelzung mit der zahlenmäßig unbedeutenden "Freien Volkspartei" bei der bevorstehenden Wahl keineswegs der Erbringung von Direktmandaten absolut sicher sein kann, wird sie diese Vorschläge aller Voraussicht nach annehmen.

Ungleich schwieriger ist die Position jener kleinen Parteien, die sich nicht zu den Satelliten Adenauers degradieren lassen wollen und dementsprechend auch nicht über erhebliche finanzielle Mittel zur Bestreitung des Wahlkampfes verfügen. Ihnen bleibt kaum ein anderer Weg, als ihre Kräfte zu vereinigen und als gemeinsame Gruppe in den Wahlkampf zu ziehen.

Je grösser ihre Wahlchancen damit werden, wir denken an die Vereinigung des "Centrums" mit der Bayernpartei und anderen Heimatparteien zur "Föderalistischen Union", umso mehr geraten sie, wie die Tatsachen beweisen, in den Strudel der Verleumdungen, in den die angemaßte Vertreterin des Christentums in der Politik jene Kräfte hineinzureissen versucht, die ihr gefährlich zu werden drohen. So ist die soeben gegründete "Föderalistische Union" in der CDU-Presse bereits als "sozialdemokratischer Satellit" und als "trojanisches Pferd der SPD" bezeichnet worden. In moralisierenden Betrachtungen der CDU stellt man die Vereinigung der kleinen Parteien als "Täuschung des Wählers" hin, die "schon allein um der Sauberkeit der Demokratie willen entlarvt werden" müsse.

Um die Sauberkeit der Demokratie geht es aber leider der Partei Adenauers immer nur dann, wenn andere nicht so wollen wie sie. Sie will die Macht immer und für sich allein erhalten. Dafür stehen ihr zweifellos beachtliche Mittel zur Verfügung, die in den vergangenen Jahren angesammelt wurden. Es liegt daher viel mehr im Interesse der Demokratie, dass die in der "Föderalistischen Union" vereinten Heimatparteien, gerade weil sie nicht bereit sind, sich von den totalitären Machtansprüchen der Adenauer-Partei von vornherein gleichschalten zu lassen, die Möglichkeit erhalten, ihre Forderungen im neuen Bundestag zu vertreten. Aus dieser Überzeugung heraus hat die SPD einigen ihrer Landesverbände die Freiheit gelassen durch Wahlabkommen die Wahlausichten der "Föderalistischen Union" zu verbessern und damit auch solchen Kräften der deutschen Politik die Chance einer parlamentarischen Vertretung in Bonn zu ermöglichen, die nach dem Willen der sich allmächtig gebärdenden CDU/CSU unerwünscht sind.

18.5.1957

Internationale Giftspritzer

mu. Während der Suez-Krise begann im Bundesgebiet eine verstärkte antisemitische Propaganda. Sie findet gegenwärtig vor dem Hintergrund der Schändungen jüdischer Friedhöfe weiterhin statt. Woher kommt nun diese Propaganda?

Da liess einmal die englische antisemitische Propagandazentrale "Britons Publishing Co" in der letzten Zeit eine von Hilary Cotter verfasste antisemitische Progrombroschüre "Weltherrschaft ab 1950" im Bundesgebiet in grösserer Auflage verbreiten. Cotter gehört den "Führern" des nationalistischen Informationsbüros (NATINFORM) an. Es ist den deutschen Verfassungsschutzämtern bisher nicht gelungen, die letzten Verbindungskanäle der NATINFORM im Bundesgebiet aufzudecken. Die Staatsanwaltschaften können nicht wirkungsvoll dagegen vorgehen.

Eine arabische antisemitische Propagandawelle wird aus Kreisen der NSDAP-Exilbewegung gesteuert, die dabei ist, ihre Mittelsmänner von Argentinien (Vereinigung deutscher Nationalsozialisten in Argentinien) in den Nahostbereich zu verlegen. Seit 1946 gehört der Herausgeber der rechtsradikalen Monatschrift "Der Weg", Dr. von Leers, welcher bis dahin in Buenos Aires wohnte, dem Ägyptischen Informationsdepartement an. Er schickte aus Ägypten in den letzten Monaten antisemitisches und antiisraelitisches Propagandamaterial ins Bundesgebiet.

Den deutschen Verfassungsschutzbehörden ist auch die Tätigkeit einer "World Truth League" in Jordanien bekannt geworden, welches ebenfalls Material ins Bundesgebiet einschleust. Hierher gehört auch der anti-jüdische "Deutschlandbrief", der von einem mit der ehemaligen Europäischen Verbindungsstelle zusammenarbeitenden Vertreter der Arabischen Liga, Jean Maurice Bauerd, herausgegeben wird.

Nicht unbeobachtet sind auch die Agitationen des schwedischen anti-jüdischen Kampfbundes Einar Aberg geblieben. Auch seine Schriften, die unter dem Motto "Keine Propaganda, sondern Wahrheit" herauskommen, konnten im Bundesgebiet in der letzten Zeit festgestellt werden. In wesentlichen leitet diese schwedische Organisation aber Propagandamaterial, welches in den Vereinigten Staaten herauskommt, weiter.

Da gibt es einmal in New York ein "Komitee für internationale

18.5.1957

"Justiz", welches von einem Keith Thompson geleitet wird, der über Kontakte zu ehemals deutsche NSDAP-Kreisen in den Vereinigten Staaten verfügt. Eine antisemitische periodische Druckschrift "Common sense" der "Christian Education Society" wird sogar durch eigene Vertriebsstellen im Bundesgebiet verbreitet, eine Aufgabe, die früher die schwedische Organisation durchführte.

Welcher Geist hinter diesen und noch vielen anderen antisemitischen Organisationen, die in der letzten Zeit verstärkt Propagandamaterial in das Bundesgebiet einschleusten, steckt, beleuchtet ein Telegramm des "Komitees für internationale Justiz", welches am 1. Oktober 1956 an den freigelassenen Grossadmiral a.D. Dönitz geschickt wurde. Darin heisst es: "Während der ganzen schändlichen Nürnberger Prozesse, von der verbrecherischen Mitschuld der USA und des Weltjudentums herbeigeführt, erleuchtete Ihre soldatenhafte Ehre als die einzige Hoffnung derer, die die eingestürzte Welt wiederaufbauen wollen". Das Telegramm trug die Unterschriften von Thompson, dem Vertrauensmann in den USA der verbotenen Sozialistischen Reichspartei, sowie eines George Viereck, der vor dem Krieg die NSDAP-Volkstumspropaganda in den USA leitete.

\* \* \*

#### Schwierige Regierungsbildung

Von unseren skandinavischen Korrespondenten

Grotesk ausgedrückt, könnte man sagen, dass der besondere Lage-Eifer der britischen Hühner, deren Fütterung subventioniert wird, und die Zollsauern, welche die Landwirte in den traditionellen Absatzländern der dänischen Agrarwirtschaft errichten liessen, den dänischen Oppositionsparteien zum Wahlsiege verholfen haben. Diese Parteien, vor allem die bürgerliche Venstre und die Konservativen, haben jahrelang in hemmungsloser Propaganda die sozialdemokratische Minderheitsregierung für die schwierige Wirtschaftslage des Landes verantwortlich gemacht, obwohl sie wissen mussten, dass auch jede andere Regierung mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt hätte. Im eigentlichen Wahlkampf war die Opposition etwas vorsichtiger - wohl deshalb, weil sie mit der Möglichkeit einer Regierungsübernahme rechnete. Vereinzelt gaben sogar bürgerliche Zeitungen zu, dass jede Regierung ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit sich mit der Tatsache auseinandersetzen müsse, dass die dänische Wirtschaft an einer Strukturkrise leide. Aber die böswillige Propaganda hatte offen-

18. 5. 1957

zur ihre Wirkung getan: die bäuerliche Venstre erhöhte die Zahl ihrer Parlamentsmandate von 42 auf 45, der politisch unaffilierte Retsförbund von 6 auf 9. Die Sozialdemokraten gewannen zwar 15.000 neue Wählerstimmen, mussten aber trotzdem einen Mandatrückgang von 74 auf 70 in Kauf nehmen. Die Konservativen und die Radikalen behielten unverändert ihre 50 bzw. 14 Mandate.

Die Regierungsverhandlungen werden schwierig sein. Weder die Sozialdemokraten, noch ihre Hauptwidersacher - Venstre und Konservative - erreichen die Mehrheit. Die Radikalen, welche bisher die Sozialdemokraten bei fast allen Abstimmungen stützten, haben noch immer eine Schlüsselstellung inne, reichen aber allein nicht mehr aus, um der Sozialdemokraten zur Mehrheit zu verhelfen. Es ist sehr fraglich, ob der Retsförbund für eine der Parteigruppen als Regierungspartner in Betracht käme. Mit Rücksicht auf die in nächsten Jahre fälligen neuen Lohnverhandlungen und die dabei zu erwartenden Auseinandersetzungen auf dem Arbeitsmarkt würde man es in Gewerkschaftskreisen kaum bedauern, wenn die Sozialdemokraten dann auf den Oppositionsbänken säßen.

Wer immer aber in Dänemark in den kommenden Jahren die Regierungsverantwortung zu tragen hat, wird gezwungen sein, das fortzusetzen, was die Sozialdemokratie als notwendig erachtet: nämlich für die Exportausfälle der Landwirtschaft durch Schaffung neuer Exportindustrien einen Ersatz zu schaffen, damit der hohe Lebensstandard der Bevölkerung nicht dauernd in Misleidenschaft gezogen wird. Diese Umstellung erfordert Kapital, das nur im Inlande durch Sparen aufgebracht werden kann. Die dazu erforderlichen Massnahmen werden unpopulär sein. Vereinzelte Stimmen befürworten daher eine Sammlungsregierung aller demokratischen Parteien, stossen aber auf das Gegenargument, dass eine solche Regierung wegen der krassen Parteigegensätze kaum arbeitsfähig wäre. Angesichts aller dieser Schwierigkeiten hält man es nicht für ausgeschlossen, dass die Lebensdauer des soeben gewählten Parlamentes nur kurz sein wird.

18.5.1957

So sah es das Ausland

H.E.D. Die Erklärungen des amerikanischen Präsidenten auf jener denkwürdigen Pressekonferenz des 8. Mai zu den Fragen der Abrüstung und der internationalen Inspektion haben ein vielfältiges Echo in der Welt- presse hervorgerufen. Schon am Tage danach schrieb Dana Adams Schmidt in der "New York Times": "Das Interesse des Präsidenten an dem sowjetischen Vorschlag zur Luftinspektion von Teilen der westlichen Vereinigten Staaten und Alaskas sowie von Teilen Sibiriens und Osteuropas war zu erwarten. Aber sein offensichtlich wohlwollendes Interesse an dem sowjetischen Bemühen, Premier Edens alten Plan über die Errichtung einer neutralisierten Zone wiederzubeleben, verursachte Erstaunen und Spekulationen unter den Diplomaten der Hauptstadt." Bis jetzt jedenfalls hätten die USA immer wieder offiziell diesen Plan abgelehnt, den Anthony Eden bei der Genfer Konferenz 1955 eingebracht habe, meint die Journalistin weiter.

Zwei Tage später enthüllte Marguerite Higgins von der "New York Herald Tribune", dass offizielle Stellen der amerikanischen Regierung sich mit dem Plan beschäftigen, auf der Londoner Abrüstungskonferenz einen Vorschlag einzubringen, der die Errichtung einer entmilitarisierten Zone und wechselseitigen Rückzug der sowjetischen und amerikanischen Streitkräfte vorsähe. Weiterhin reize man in Washington der Überzeugung zu, dass die gegenseitige "Boden-Inspektion" und der Abzug der Truppen aus Europa zu den ersten Schritten eines Abrüstungs-Übereinkommens gehören müsse.

Nach Ansicht der Korrespondentin war diese neue Sicht auf die Probleme so sensationell, da "bis jetzt die Vereinigten Staaten sich immer geweigert hatten, einen Abzug der Truppen - selbst in einem beschränkten Umfang - zuzustimmen, eine nicht die a priori Bedingung: politische Regelung und Wiedervereinigung Deutschland erfüllt sei".

Während die britische Presse, wozu die "Times" und der "Manchester Guardian" im allgemeinen auf die Meldungen aus Washington recht zurückhaltend reagierten und in vorsichtigen Wendungen die offizielle Haltung der Londoner Regierung wiedergaben, beschäftigten sich die Blätter auf der Insel ausführlich mit der Bonner Reaktion. Unter der Überschrift "Ein Schock für Bonn" brachte die "Times" am 13.5. einen Bericht ihres westdeutschen Korrespondenten, der sich vor allem eines Artikels der

Zeitung "Die Welt" bedient, um die Erregung zu kennzeichnen, die die Bundesrepublik befallen hat. Auch Max Freedman gibt im "Manchester Guardian" vom gleichen Tage dem britischen Leser zu verstehen, dass trotz der offiziellen Dementis aus Washington die deutsche Öffentlichkeit keineswegs beruhigt sei, dass die führenden Zeitungen der Bundesrepublik weiterhin an ihren Meldungen von einem Umschwung der amerikanischen Aussenpolitik festhielten.

Ungleich offener zeigte sich ein Bericht des Londoner Korrespondenten der "New York Herald Tribune", demzufolge die Erklärung des amerikanischen Delegierten Harold Stassen, jedes westöstliche Übereinkommen müsse Rücksicht auf die nationalen Interessen auch derjenigen Militärmächte nehmen, die nicht auf der Konferenz vertreten seien, wohl hauptsächlich aufgrund der Alarmstimmung in Bonn erfolgt sei.

Der französische "Le Monde" druckte am 15.5. einen Bericht seines Deutschland-Korrespondenten Alain Clément ab, der eingehend das Dilemma der Bonner Aussenpolitik herausstellt und fragt: "Wird sich die Bundesrepublik einem, wenn auch teilweisen, Abkommen zwischen Ost und West widersetzen und solange auf eine Beschränkung der Abrüstungs- und Inspektionsverhandlungen drängen, solange Moskau sich nicht bereit erklärt hat, einer freiwilligen Behandlung der Frage der deutschen Einheit zuzustimmen? Das ist die Frage, die in einer grausamen Weise den Kanzler und seine Berater in Aufregung versetzt, ja sogar bis zu dem Ausmass, dass sie jede grundsätzliche Erörterung des Themas vermeiden."

Die Schweizer Zeitungen wie "Die Zürcher Neue Zeitung" und die "Tat" untersuchen in langen Ausführungen die Folgen der Eisenhower-Erklärung auf die Aussenpolitik des Kanzlers und verhehlen dabei nicht, wie sehr diesunter Umständen zu einem starken Handicap der CDU führen könnte.

Die "Tat" schreibt u.a.: "Dieses sehr reale Dilemma der Bonner Politik ist durch diplomatische Dementis auf keinen Fall aus der Welt zu schaffen. Es beruht letztlich darauf, dass die Westmächte es gar nicht in der Hand haben, der Sowjetunion, wenn sie sich zu ernsthaften Kompromisslösungen bereit erklärt, eine solche Entspannung einfach solange zu "verweigern", bis sie ihre Besatzungszone auf dem Wege freier Wahlen herausgibt: dazu ist das Abrüstungsproblem viel zu ernst und zu brennend."

Hieraus kann man ersehen, was die Presse, wenn auch teils offen, teils verkläusuliert, von Wert der Dementis denkt und hält. Nämlich nicht viel.

18.5.1957

### Ein verdienter Weltbürger

Kurt A. Grossmann, ehemaliger Generalsekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte, von Adolf Hitler durch Ausbürgerung auf der ersten Liste im August 1933 geehrt, Autor von etwa 400 sozialkritischen und politischen Artikeln, Büchern und im letzten Jahrzehnt prominent auf dem Gebiete der Wiedergutmachung tätig, begeht am 21. Mai d.J. seinen 60. Geburtstag.

Grossmann wurde in den Zwischenkriegsjahren durch seine Tätigkeit in der "Deutschen Liga für Menschenrechte" bekannt, zu deren Begründern u.a. Albert Einstein gehörte und der ihn zur Mitarbeit eingeladen hatte. Er begründete 1923 in Danzig einen Zweig der Liga, organisierte die ersten deutsch-polnischen Verständigungskonferenzen und wurde 1926 zum Generalsekretär der Liga berufen. In aller Erinnerung ist sein mutiger Kampf gegen die in der Weimarer Zeit mächtige Justizreaktion. Im Falle Bullerjahn deckte er die Fortführung der durch den Versailler-Vertrag gebotenen Rüstungen auf.

Walter Bullerjahn war im Jahre 1925 wegen Vorrats grosser geheimer Waffenlager bei den bekannten Berlin-Karlsruher Industrie-Werken auf Grund der Aussage eines "völlig uninteressierten" Zeugen, "der im Interesse der Staatssicherheit nicht genannt werden konnte" und der über jeden Zweifel erhaben sei", zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Es stellte sich heraus, dass dieser "uninteressierte Zeuge" der Generaldirektor der Werke, Paul von Gontard, war, der vom Hörsensager mitgeteilt hatte, Bullerjahn sei Weihnachten 1924 bei der englischen Abteilung der Interalliierten Militär-Kontrollkommission erschienen, um das Waffenlager zu verraten. Mehr als sechs Jahre dauerte der Kampf um die Rehabilitierung Bullerjahns, die am 3. Dezember 1932 mit seinem Freispruch vor dem 4. Senat des Reichsgerichts endete - dem ersten in der damals fünfzigjährigen Geschichte dieser Institution. Der Fall Bullerjahn wurde oft mit dem Fall Dreyfus verglichen. Grossmann beschuldigte von Gontard des Meineids und forderte auf, ihn zu verklagen. Gontard klagte nicht.

Grossmann trat im Jahre 1943 in den World Jewish Congress ein, wo er in der Rettungsabteilung und in der Abteilung für Hilfe und Rehabilitation verantwortliche Stellen inne hatte. Er repräsentierte den Jüdischen Weltkongress auf diesen Gebieten in Washington und hat durch verschiedene seiner Vorschläge Juden retten können. In der Nachkriegsperiode leitete er die Unterstützungsabteilung des Jüdischen Weltkongresses, die Kleider, Lebensmittel und Medikamente im Werte von mehr als 6 Millionen Dollar in 21 verschiedene Länder sandte. Seit 1952 ist er als Referent für Deutsche und österreichische Wiedergutmachungsfragen mit der Jewish Agency for Palestine verbunden und hat Deutschland mehrmals bereist, wo er mit Vertretern der Regierung, der Presse, des Rundfunks und der Verfolgtenorganisationen Besprechungen führte. Grossmann hat über den Deutschland-Israel-Vertrag ein Buch "Deutschlands moralische Schuld" geschrieben, ausserdem Broschüren und Bücher über das Flüchtlingsproblem.

Grossmann hat sich für eine Aussöhnung zwischen dem jüdischen und dem deutschen Volke eingesetzt. Sein im September beim arani Verlag erscheinendes Buch "Die unbesungenen Helden - Menschentum in Deutschlands dunkelsten Tagen" ist das erste Werk über selbstlose Rettungen und Rettungsversuche verfolgter Juden durch nichtjüdische Menschen in fast allen Ländern.

Verantwortlich: Günter Markscheffel